

Christliche Werte in der Kommunalpolitik

(Statement für den CDU – Kreisverband Landkreis Osnabrück - 9. Juni 2016)

Kann man mit der Bergpredigt Politik machen? Das war eine zugespitzte Fragestellung der 80er Jahre. Sie bringt auf den Punkt, worum es bei Ihrer Veranstaltung heute geht: Christliche Werte in der Politik.

Immer wieder war und ist bis heute umstritten, inwieweit die biblische Botschaft unmittelbaren Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse haben kann und haben darf. Dabei spielte die Bergpredigt mit dem Gebot der unbedingten Liebe des Nächsten und gar der Feindesliebe in friedenspolitisch bewegten Zeiten eine große Rolle.

Angeichts der Säkularisierungsschübe und vor allem angesichts des wachsenden Einflusses anderer Religionen, insbesondere des Islams, in Deutschland ist die Frage, inwieweit sich eine Partei von den Werten einer Noch-Mehrheitsreligion beeinflussen lassen kann und in wie weit Kommunalpolitik, die ja bekanntlich nicht nur von Parteien gemacht wird, christlichen Werten verpflichtet sein darf, mehr als berechtigt.

Haben wir also auf der einen Seite den Säkularisierungsprozess, der Einfluss nimmt auf die institutionelle Öffentlichkeit, so gibt es auf der anderen Seite das zunehmende Bedürfnis nach Wertorientierung. In einer Welt, die sich so stark verändert wie unsere, wird der Ruf nach eindeutigen, verbindlichen und begründeten Werten immer stärker.

Ich erlebe derzeit aus den beiden beschriebenen gegenläufigen Prozessen heraus eine etwas diffuse Situation, die sich vielleicht so am besten beschreiben lässt: Wert ja, aber bitte nicht zu viele eindeutig geprägte christliche Werte. Der Trend geht zu dem, was man mit Hans Küng als das Welt-Ethos bezeichnen kann. Der kleinste gemeinsame Nenner aller Beteiligten wird zur Norm erhoben. Das jedoch ist nicht christliche Werteprägung!

Ethik ohne Dogmatik gibt es aber nicht! Christliche Werte, ohne Bezug zum christlichen Glauben sind nicht christlich. Es ist gut, wenn das Christentum prägend in die Gesellschaft wirkt und Werte als allgemeingültig anerkannt werden, die ihren Ursprung in der jüdisch-christlichen Tradition haben. Ich denke hier bspw. an den grundlegenden Wert der Menschenwürde, der sich ja bekanntlich u.a. aus der Gottebenbildlichkeit des Menschen nach Gen 1,27, herleitet. „Gott schuf den Menschen zu seinem Bilde.“ Es ist für mich kein Problem, dass dieses Traditionsgut mittlerweile derart akzeptiert ist, dass viele gar nicht mehr wissen, dass Menschenwürde eine jüdisch-christliche Wurzel hat.

Gleichwohl gehört zu den christlichen Werten auch immer die christliche Botschaft. Ich zeige das auch nur an einem Beispiel auf. Der Freiheitsbegriff ist ebenfalls ein stark jüdisch-christlich geprägter Wert. Freiheit ist eine zentrale Grundlage des jüdischen Glaubens. Der Exodus, der Auszug des Gottesvolkes aus Ägypten, die Befreiung aus Knechtschaft und Sklaverei (Exodus 12), ist das Grunddatum jüdischen Glaubens. Diese Erfahrung prägt die jüdische Theologie wie kaum ein anderes Paradigma. Im sog. Neuen Testament wird dieser Aspekt der Befreiung von etwas - hier der Sklaverei -, durch Paulus um den Aspekt der Freiheit zu etwas ergänzt. In Gal 5,1 heißt es: „Zur Freiheit hat euch Christus befreit.“ Diese Zweckbestimmung beruht aber auf dem Glauben an Kreuz und Auferstehung. Trennt man die christliche Auferstehungsbotschaft von dem Freiheitsbegriff, bleibt ein unbestimmter Freiheitsbegriff, der den Verantwortungshorizont ausklammert. Luther hat wie kaum ein anderer Theologe genau das gesehen, wenn er in seiner großen Schrift von der Freiheit

eines Christenmenschen paradox formuliert: „Ein Christenmensch ist ein freier Herr über alle Dinge und niemand untertan. Ein Christenmensch ist ein dienstbarer Knecht aller Dinge und jedermann untertan.“

Jetzt habe ich ein wenig theoretisiert. Mein Ziel war es zu verdeutlichen, dass christliche Werte in der Politik immer etwas mit dem dahinter stehenden Glauben zu tun haben. Sie sind gesättigt von Glaubenserfahrungen, Dogmen und Glaubensgeschichten. Sie sind immer eingebunden in das Koordinatensystem der theologischen oder philosophischen Überzeugungen. Wir brauchen heute mehr christliche Werte in der Politik, wir brauchen dafür aber auch mehr Wissen über den Glauben, der Werte in unserer Gesellschaft hervorbringt.

Nun ein paar wenige Konkretionen für Kommunalpolitikerinnen und –politiker, die ich nur stichwortartig andeute. Sie fragen gerne nach und wir haben ja auch noch das Gespräch für Vertiefungen.

Kommunen sind Schulträger. **Religion** – auch praktizierte Religion – braucht in Schulen ihren Ort. Gelebte Religion – auch in Vielfalt – ist Anlass zur Auseinandersetzung mit Glauben und wertprägend. Bewusste Formen gelebter Religiösität fördern Integration. Die Ermöglichung positiver Religionsausübung an öffentlichen Orten muss ein wesentliches Ziel wertorientierter Politik, erst recht christlicher Politik, sein. Gefahren des Extremismus dürfen nicht zur Verbannung allen Religiösen aus der Öffentlichkeit beitragen. Von daher sollten Schulträger auch Räume für Zeiten der Stille oder das muslimische Gebet vorhalten.

Ich kann von daher nicht nachvollziehen, dass die CDU-Landtagsfraktion in einem Positionspapier zu den geplanten Verträgen des Landes Niedersachsen mit den muslimischen Verbänden sich lt. epd-Meldung grundsätzlich gegen die Einrichtung von Gebetsräumen und Räumen der Stille an Schulen ausgesprochen hat.

Kommunen sind Träger der Sozialhilfe. Aus dem **Freiheits**aspekt der Gestaltung von wertorientierter Arbeit rührt ein sozialpolitischer Grundsatz unserer Republik, den wir Subsidiarität nennen. Alles das, was die höhere Ebene auf eine nachgeordnete Ebene delegieren kann, soll diese auch tun. Oder mit Blick auf die konkrete Erfüllung sozialpolitischer Aufgaben, was die zur religiösen Neutralität verpflichtete öffentliche Hand an Leistungserbringung auf frei gemeinnützige Mitglieder der Wohlfahrtspflege delegieren kann, soll diese auch so tun. Die Wertprägung gerade der kirchlichen Verbände der Wohlfahrtspflege ist ein Gut in der Leistungserbringung, das die Kommune selbst auf Grund ihrer Verpflichtung zu religiöser Neutralität nicht leisten kann. Die Ausgestaltung dieses Verhältnisses muss aber von der Freiheit, gegenseitigem Vertrauen und gemeinsamer Verantwortung geprägt sein. Hier sehe ich übrigens wachsende Gefahren.

Gerechtigkeit ist nach protestantischem Verständnis immer eine zugesprochene, von jedem eigenen Verdienst unabhängige Kategorie. Luther kritisiert in seiner Auslegung der Paulusbriefe bekanntlich die Auffassung Aristoteles, die die mittelalterliche Theologie bestimmt hatte. Demnach sei Gerechtigkeit ein distributiver, weil austeilender, vom Subjekt selbst herzustellender Wert. Wer Gerechtigkeit allerdings paulinisch deutet, wird darin immer ein prä Gottes für den Menschen erkennen. Es ist sozialpolitisch schon ein großer Unterschied, ob ich Hilfeempfänger, Kunden, Klienten oder wie auch immer wir die Menschen bezeichnen, die unsere Beratung und Unterstützung brauchen, als Objekte austeilender Gerechtigkeit betrachte, oder als Subjekte der von Gott durch Jesu Erlösung in den Stand der versöhnenden Gerechtigkeit versetzten Menschen verstehe.

Abwertende Begriffe wie Sozialschwache, Sozialschmarotzer, Wirtschaftsflüchtlinge, Kostenverursacher etc. sind vor diesem Hintergrund m.E. sehr kritisch zu sehen. Gerechte Teilhabe ist dann nicht etwas, das als Sahnehäubchen eines besseren Lebens oben drauf käme, sondern Grundbedürfnis des Menschsein, der sich von Gott angenommen und geliebt weiß. Ich fordere von daher einen kommunalpolitischen Perspektivwechsel. Nicht, was kostet es uns darf die erste Fragestellung bei der Bewilligung von Maßnahmen in der Sozialpolitik sein. Vielmehr muss die leitende Frage lauten: was bringt diese Maßnahme dem Menschen für die sie gedacht ist an Teilhabe. Verweigerung von Teilhabe ist dann ungerecht.

Würde. Ich habe vorhin schon etwas zu den jüdisch – christlichen Wurzeln des Menschenwürdebegriffs gesagt, das will ich nicht wiederholen. Ich ergänze das aber um eine Nuance, die sich bei Jesus findet. Einem Blinden entgegnet dieser auf seine eindringliche Bitte um Hilfe mit der Frage: „Was willst du, dass ich dir tue?“ (Mk 10,51) Gegen jeden Paternalismus beteiligt Jesus den Hilfeempfänger an dem, was sein Angebot ist. Er widerspricht damit jeglicher Haltung: Ich weiß schon, was für dich gut ist. Vielmehr wird das Gegenüber zum Teil des Prozesses, der die Therapieauswahl klärt.

Merken Sie, das ist eine Frage der Menschenwürde, ob ich von oben herab sage, das ist für euch richtig. Im Umgang mit Flüchtlingen erleben und erfahren wir das jetzt immer wieder. Gut ist für euch, dass ihr Präsenzpflicht habt. Gut ist für euch, dass ihr Sprache lernt und zwar zu allererst, was Wertstoffe in Deutschland sind und in welche Mülltonne welche Wertstoffe gehören. Wer mit der Haltung Jesu fragt: Was willst du, dass ich dir tue, respektiert das Gegenüber als Mensch, achtet seine Würde und kommuniziert auf Augenhöhe. Egal in welcher Situation du bist, egal welche Motive dich zur Flucht bewegt haben, du bleibst Mensch, Gottes Ebenbild. Das durchzuhalten ist manchmal schwer, aber ein zentraler christlicher Wert auch der Kommunalpolitik.

Ich hoffe, das war genug Stoff zum Diskutieren.

Friedemann Pannen
theol. Geschäftsführer der Diakonie Osnabrück gGmbH
Turmstr. 10-12
49074 Osnabrück

friedemann.pannen@diakonie-os.de
www.diakonie-os.de